

Gewerkschaften - Neinsager, Nörgler, Starrköpfe?

Dagmar Deckstein, geb. 1953 in Göppingen, Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen, ist Redakteurin im Ressort Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung, München.

Wir, die wir mit dafür sorgen, daß die mehr oder weniger (meist weniger) interessierte Öffentlichkeit sich ein Bild darüber machen kann, was sich innerhalb der Gewerkschaften selbst und durch sie bewegt — sogar wir kommen aus dem Staunen oft nicht mehr heraus. Wir tummeln uns durchaus zwanglos zwischen den Fronten von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen, wir haben weitgehend freien Zugang zu den Vorstandsetagen in Unternehmen wie Gewerkschaftsverwaltungen, aber auch, wenn auch nicht ganz so frei, zu den Arbeitsplätzen der Menschen in den Betrieben, um deren Wohl es im wesentlichen bei allen Anstrengungen der Tarifpartner geht. Wir essen an diesem Abend mit dem Bezirkssekretär der einen Gewerkschaft und lassen uns schon morgen vom Pressesprecher der anderen, durchaus nicht wohlgeleiteten „Schwester“-Gewerkschaft die vermeintlichen Erkenntnisse des Vorabends wieder relativieren. Wir registrieren entgeistert sowohl die Interesselosigkeit und Ignoranz, mit der sich die einzelnen DGB-Gewerkschaften untereinander mißachten, die Diskrepanz der Meinungen und Einschätzungen - zum Beispiel während eines Tarifkonflikts - die sich innerhalb einer Gewerkschaft von unten nach oben aufzutut. Wir amüsieren uns aber auch immer wieder klammheimlich über die Spitzenfunktionäre aus dem Arbeitgeber- und Gewerkschaftslager, die nach außen hin die Zähne fletschen und sich gegenseitig mit verbalen Unflätigkeiten und Drohungen malträtiert, hinter den Kulissen aber längst einträchtig mauschelnd beieinander sitzen, Friedenszigarren rauchen, teuren Rotwein trinken und ausloten, wo die jeweilige Schmerzgrenze beim bevorstehenden Tarifabschluß angesiedelt ist.

Es ist schon ein buntes, manchmal auch verwirrendes Panoptikum, das sich da innerhalb der organisierten Arbeitswelt bietet. Dieses analysierend ordnen zu wollen, bedeutet eine gewaltige Anstrengung, die Journalisten eher zu scheuen pflegen. Außerdem sind es dickste Bände beschriebenen Papiers, die jedes einigermaßen geordnete Archiv bereithält und in denen sich Legionen von Autorinnen und Autoren aufs kompetenteste mit dem offenbar schon jahrzehntealten Dauerbrenner „Krise der Gewerkschaften“ auseinandersetzen. „Sterben die Gewerkschaften?“, „Droht den Gewerkschaften die Auszehrung?“, „Sind die Gewerkschaften wirklich noch für alle da?“ und so weiter. Fragen über Fragen. Und jetzt auch noch diese: „Gewerkschaften - Neinsager, Nörgler, Starrköpfe?“. Was soll man schon dazu sagen.

Natürlich begegnen uns auch die letztgenannten auf jedem Gewerkschaftstag aufs neue, und mit nicht nachlassendem Eifer lästern wir gerne über sie. Aber auf unseren Wanderungen zwischen den Welten treffen wir auch jede Menge „Jasager, Schönfärber, Weichköpfe“, denen wir genauso wenig über den Weg trauen. Da beide Typen wahrscheinlich nur die zwei Seiten der gleichen Medaille repräsentieren, können wir sie getrost zusammenfassen. Und weil wir bei den geneigten Lesern den gegenwärtigen Stand der inner- und außergewerkschaftlichen Diskussion voraussetzen (Stichworte: veraltete Mitgliederstruktur, verkrustete Großorganisation, unflexibler Funktionsapparat und so weiter) wollen wir uns zunächst einmal auf die Ebene der Empirie begeben. Wo und wie treten Gewerkschaften in Erscheinung, wie sagen sie wozu „nein“, woran nörgeln sie herum, wo zeigen sie sich starrköpfig? Wobei diese Begriffe wohl in ihrer Dreieinigkeit für das stehen sollen, was wir als „Krise der Gewerkschaftsbewegung“ bezeichnen.

Wer an wem oder was herumnörgelt

Erster Tatort: das Arbeiterwohlfahrt-Zentrum im Münchner Arbeiterstadtteil Hasenbergl. Die HBV, die im Gegensatz zu den meisten anderen Einzelgewerkschaften nur über einen verschwindend (manche sagen: traumhaft) geringen Mitgliederanteil gewerblicher Arbeitnehmer verfügt, hat dennoch hierher zur Bezirks-„Zukunftskonferenz“ eingeladen. Doch lieber hier als im DGB-Haus in der Schwanthaler Straße 64, gegen das nicht nur Raumprobleme sprechen, sondern das als grauer Klotz so viel architektonische Nachkriegs-Tristesse ausstrahlt, daß wohl kein vernünftiger Mensch freiwillig dort hineinginge.

Auf dieser Veranstaltung nun hält der Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe ein einstündiges, durchaus fesselndes Referat zum Thema „Gewerkschaften: Widersprüche in Theorie und Praxis! Prozesse in die Zukunft?“ Seine Thesen: Die Gewerkschaften haben so viel Mitglieder wie nie, sind aber gleichzeitig so verunsichert wie nie. Einmal habe der Umbruch innerhalb der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften einen Modernisierungsschub ausgelöst, ideologisch begleitet von einer neokonservativen Hegemonie, der an den Gewerkschaften vorbeilaufe. Es reiche nicht, diese

Entwicklung mit den herkömmlichen Polit-Phrasen der Linken zu bekämpfen. Ihr zentralistisches und bürokratisches Denken, ihr überkommenes Politikverständnis führte die Gewerkschaften daher geradewegs in die Krise. Es müsse, so Deppe, eine große Grundsatzdebatte eröffnet werden über den gesellschaftspolitischen Standort der Gewerkschaftsbewegung.

Soweit, sehr verkürzt, die theoretische Anstrengung. Doch das Publikum, bestehend aus rund 50 Gewerkschaftern, hatte weder Lust, diese zu würdigen, noch dazu, dem Referenten eigene Anstrengungen entgegenzuhalten. Es wurde nur am Referat herumgenörgelt: Es sei zu akademisch, zu theoretisch gewesen; die HBV sei gar nicht vorgekommen; Modernisierungsschübe gäbe es seit dem Neandertal - sie erklärten noch gar nichts; und überhaupt: „Was gehen die HBV die Angestelltenprobleme der Industriegewerkschaften an?“ Man könnte mit der gleichen Berechtigung natürlich auch sagen: Was schert uns die Politik, wir vertreten hier Arbeitnehmerinteressen.

Ortswechsel: Die Rhein-Main-Halle in Wiesbaden, 2 000 Gäste feiern den 100. Geburtstag der IG Metall. Selbstverständlich sind die Vorsitzenden der anderen Gewerkschaften dabei. Einer sagt: „Die Welt wird immer komplizierter; natürlich kann man als Gewerkschaft da nicht mehr alle Probleme in die Tarifpolitik packen. Wenn der Franz (Anm.: Steinkühler) ehrlich wäre, würde er zugeben, daß das ganze Zukunftsszenario, das Medienspektakel, das er da mit hochmögenden Kongreßteilnehmern veranstaltet, an der Basis gar nicht ankommt.“

Soviel zum Thema „Nörgeln“. Die einen versuchen, die Zukunftsdebatte mählich von unten nach oben wachsen zu lassen: Schon nörgelt die Basis an den ihr offenbar unverständlichen Theorien über Zukunftskonzepte herum. Andere versuchen, von oben gleich über mehrere beeindruckende Zukunftskongresse die Weichen neu zu stellen, aber flugs nörgeln andere „Große“ dagegen an. Beides hinterläßt beim außenstehenden Beobachter, gar bei potentiellen Gewerkschaftsmitgliedern, nicht gerade einen guten Eindruck. Und bei „innenstehenden“ Beobachtern stiftet so etwas möglicherweise nur Verwirrung.

„Wir sagen erst mal nein“

Daß eine Gewerkschaft wie die IG Metall erst einmal „nein“ sagt, zum Beispiel zur Änderung des Streikparagrafen 116 im Arbeitsförderungsgesetz, ist einleuchtend: Diese Gesetzesnovelle betrifft ja im wesentlichen nur die Streikstrategie dieser Gewerkschaft. Daß aber alle anderen Gewerkschaften in ungewohnter Solidarität zur größten und mächtigsten Schwesterorganisation auch gegen diesen „Angriff der neokonservativen Kräfte auf die Funktionsfähigkeit der Arbeitnehmerorganisationen“ seinerzeit vehementen Protest einlegten, erstaunt nicht auf den ersten, wohl aber auf den zweiten Blick. Man gönnt sich ja sonst nichts, schon gar nicht gegenseitig die Butter aufs Brot. Und erst recht nicht gönnt man einander die geringste Abweichung von den anno Tobak festgelegten Organisationsstrukturen nach dem Motto: ein

Betrieb - eine Gewerkschaft. Da wird, koste es, was es wolle, zwischen IG Chemie und IG Metall um ein paar hundert Beschäftigte des Münchner „Agfa“-Werkes gedealt wie auf einem orientalischen Basar - nur: dort wird man gewöhnlich handelseinig.

Oder nehmen wir die Sparkassenangestellten der ÖTV, welche letztere sich mit ihren mehr als 400 Berufsgruppen unter ihrem Dach mittlerweile in einer der wildesten Zuordnungsschlachten befindet. Kann man irgendjemandem klar machen, daß sich Banker bei der Stadtsparkasse und Banker bei der Dresdner Bank so grundlegend voneinander unterscheiden, daß sie in zwei verschiedene Gewerkschaften gehören? Oder: Warum gönnt die ÖTV der IG Bergbau und Energie nicht die ostdeutschen Wasserwerker, die teils öffentlich, teils mittlerweile privat, eben Energie produzieren? Nicht, was vernünftig wäre, zählt, sondern was zum Erhalt der eigenen Macht beiträgt. Statt schon heute über eine dringend nötige Strukturreform nachzudenken, schien - im letzten Beispiel - die ÖTV darauf zu bauen, daß der „sterbenden“ Bergbau-gewerkschaft endgültig das Lebenslicht erlischt und sie sich dann, vielleicht gemeinsam mit anderen, um den Kadaver balgen kann. Jetzt aber wollen sich, in einem Anfang Dezember 1991 gelandeten Überraschungscoup, IG Bergbau und IG Chemie mittelfristig vereinen. Und was ernten die beiden für ihren mutigen Schritt? Lange Gesichter und beleidigte Statements, von der ÖTV bis zum DGB. Solidarität? Mit Arbeitnehmern gar, die sich für ihre Mitgliedsbeiträge schlagkräftigere Gewerkschaften wünschen? So weit käme es noch!

Solidarität also ist ein ganz wichtiger Bestandteil in der sattsam bekannten Gewerkschaftsrhetorik, aber offenbar völlig fehl am Platze, sobald inner-gewerkschaftliches Miteinander-Umgehen beschrieben werden soll. Kommen wir zur Struktur- und übergreifenden Organisationsform im besonderen, damit zur Wirklichkeit in Gesellschaft und Arbeitswelt heute im allgemeinen.

Den DGB man noch stets in Ketten hält

Ein Lied davon singen kann der DGB als Dachverband, ursprünglich als politisches Sprachrohr der Gewerkschaftsbewegung gedacht, der in all den Jahren mehr oder weniger beherzt, aber immer erfolglos versuchte, die Ketten um seine seinerzeit noch 17, heute 16 Standbeine herum zu sprengen. Aber da man ihn, den Düsseldorfer Koloß, noch stets in Ketten hält, gelingt dem derzeitigen Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer eben auch nicht viel mehr, als nur verbal gegen den stählernen Würgegriff zu protestieren. Das ist ihm, der als 59-jähriger Interimschef des DGB nun auch nicht sehr viel mehr zu verlieren hat als eben diese Ketten, bisher ganz gut gelungen. Nur: Wer hört denn schon auf ihn, wenn er in seinem - zumindest in den Medien - aufsehenerregenden Referat auf dem „Hattinger Forum“ 1990 ausführte, warum es nun langsam ein Ende damit haben müßte, daß die Gewerkschaften in bräsiger Selbstzufriedenheit immer nur den „Leierkasten ihrer alten Erfolge“ abnudeln. Meyer: „Wir bieten das Bild einer Organisation, die das Austragen von Widersprüchen mit der Forderung nach Solidarität stillstellt.“ Sich gegenseitig die

Mitglieder abspenstig zu machen, hat ja wohl mit Solidarität nicht viel zu tun. Also auch ein herzhaftes „nein“ zur Solidarität nach innen! Wobei man in diesem Zusammenhang nicht einmal unbedingt den arg strapazierten Begriff „Solidarität“ benutzen müßte. Um die Gewerkschaften herum, vor allem bei den Unternehmen, vollziehen sich Fusionen, Zusammenschlüsse, Kooperationen seit Jahrzehnten und in ständig größerem Ausmaß - vom europäischen Binnenmarkt ganz zu schweigen. Solche Zusammenschlüsse von Unternehmen oder Arbeitgeberverbänden haben zum Ziel, mehr Marktmacht, mehr tarifpolitisches Gewicht zu erlangen. Nur die Gewerkschaften gefallen sich in organisationspolitischer Kleinstaaterei. Vom Klassenfeind lernen heißt siegen lernen!

Und das könnte sich eben als das fatalste Fortschrittshemmnis für die Gewerkschaften erweisen, daß nämlich die „Neinsager“ immer noch mehrheitlich den Ton angeben; nicht einmal so sehr in den Spitzengremien, als vielmehr innerhalb der klirrenden Wehr des millionenstarken „Fußvolks“, das nun einmal die wahre Machtbasis der Vorstände repräsentiert, aber wiederum auch den vorausschauendsten Gewerkschaftsfürsten in den Rücken fallen kann. Kleines Beispiel am Rande: Es gab da vor nicht langer Zeit einen Tarifkonflikt in Ostdeutschland, als mehr als einer Million Beschäftigten dort einfiel, daß sie durch einen schon längst ausgehandelten Tarifvertrag gegenüber den West-Kollegen benachteiligt würden. Zwar sahen das Hauptvorstand und Tarifkommission anders - und womöglich hatten sie auch die besseren Argumente — aber sie mußten sich, wenn auch zähneknirschend, dem Druck der Basis beugen und nachverhandeln.

Das Argument ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, daß Gewerkschaften immer nur so stark sind im Dauerclinch zwischen Kapital und Arbeit, wie sich ihre aktiven Mitglieder als zuverlässig und kampfbereit erweisen: kampfbereit fürs alljährliche ritualisierte Durchfechten von Lohnerhöhungen, was natürlich eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist. Aber muß das - bei den meisten - immer mit solch einem Getöse vonstatten gehen, daß am Ende jeder und jede glaubt, mit den erstreikten 0,2 Prozent mehr hinterm Komma sei wieder mal ein Sieg im Klassenkampf erzielt worden? Sind Gewerkschaften tatsächlich nur „Organisationen, die dafür sorgen, daß immer mehr Menschen für immer mehr Geld immer weniger arbeiten müssen“? So durfte es Peter Alexander immerhin schon 1971 in einer deutschen Filmkomödie formulieren.

Starrköpfige Argumente für Arbeitszeitverkürzung

Sind sie es „nur“? Dafür spricht manches. Aber andererseits sind sie es „noch nicht“. Jedenfalls haben sie es noch nicht verstanden, solche fabelhaft begründbaren Forderungen wie: Immer mehr Menschen sollen für immer mehr Geld immer weniger arbeiten - gleichsam mit einem großen, zukunftsweisenden gesellschaftspolitischen Konzept zu untermauern. Geradezu starrköpfig haben die Gewerkschaften versucht, weil es eben so bedrängend von

ihnen eingefordert wurde, über mehr als ein Jahrzehnt ihre neue, ungewohnte, auch noch alles andere als mächtige Klientel der Arbeitslosen mit dem Argument zu bedienen: Je weniger die Arbeitsplatzbesitzer schaffen müssen, desto mehr Arbeitslose können ins Heer der letzteren einrücken (Klammer auf: und damit, bitteschön, auch in die Mitgliederkarteen der Gewerkschaften, Klammer zu). Diese eher platte Milchmädchenrechnung (oder besser: Milchburschenrechnung) ist jedoch nie so recht aufgegangen; die Gelehrten streiten sich bis heute, wieviele Arbeitsplätze die Arbeitszeitverkürzung neugeschaffen oder erhalten habe. Allein in der Metallindustrie werden Zahlen zwischen 200000 und 500000 angeboten. Auch solche Berechnungen sind inzwischen Makulatur: Nach der deutschen Einheit und mit den völlig neuen Geschäftsgrundlagen für einen gesamtdeutschen Arbeitsmarkt hat sich ohnehin das gesamte Gefüge verschoben.

Was aber viel wichtiger ist und wovon bei den Gewerkschaften kaum ein Mensch redet: Wir könnten hierzulande fünf Millionen offene Stellen und eine Million Arbeitslose haben - und dennoch nicht alle Arbeitslosen auf die bereitstehenden Arbeitsplätze bugsieren. Und zwar deswegen nicht, weil es kaum noch Arbeitsplätze gibt, die beliebig verschiebbare, muskelkräftige „Malocher“ erfordern oder stumpfsinnige Stanzarbeiter an den Fließbändern der tayloristisch organisierten Massenproduktion, an denen noch jede(r) sein/ihr bescheidenes Arbeitseinkommen finden kann. Auch Coffeeshops oder Bulettenbratereien finden sich hierzulande nicht in der Vielzahl wie etwa in den USA, wo in den letzten Jahren ein Teil des Arbeitslosenheeres in diesen Vier-Dollar-Stundenlohn-Jobs verschwand, was sehr voreilig als Sieg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gefeiert wurde. Vor immer mehr Arbeitsplätze in den Dienstleistungsberufen, aber auch in der modernen Produktion, hat der Markt die Qualifikation gesetzt. Und so findet eben kein arbeitsloser Metaller aus dem Dortmunder Hüttenwerk mir nichts, dir nichts, einen neuen Job bei IBM in Sindelfingen, wenn dort im Zuge der 35-Stunden-Woche 300 Stellen in der Chip-Produktion freiwerden.

Sind 35 Stunden wirklich genug?

Natürlich ist es den Gewerkschaften gar nicht hoch genug anzurechnen, daß sie sich in den siebziger Jahren der davor völlig vernachlässigten Klientel der Arbeitslosen überhaupt zugewandt haben. Aber erstens stellten sie die nötigen und damit zusammenhängenden Forderungen nach berufsbegleitender Qualifikation und Weiterbildung viel zu spät, und zweitens haben sie viel zu lange die platte, aber dafür eben mobilisierende Lösung ausgegeben, daß durch Arbeitszeitverkürzung die Arbeit behebiger an die Arbeitslosen - oder an die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten - umverteilt werden könne. In der Endphase des langen Marsches zur 35-Stunden-Woche fiel, dank boomender Wirtschaft, auch diese letzte Begründung noch weg; um so weniger Verständnis fanden die Gewerkschaften dann auch sowohl unter den eigenen Mitgliedern als auch in der breiten Öffentlichkeit für ihr fast schon krampfhaft-klägliches „35 Stunden sind genug!“

Ja, warum denn? Weil es eben die Beschlußlage so vorschrieb. Und sind denn 35 Wochenarbeitsstunden *genug*? Wer sich noch an den IG-Metall-Kongreß 1989 in Berlin erinnert und an die Wortmeldung jener Delegierten, die eine 30-Stunden-Woche als noch viel familienfreundlichere Arbeitszeit ins Visier nahmen, der sieht bestimmt auch noch die Panik im Gesicht manches Funktionärs: Bloß das nicht auch noch! Dabei muß, wer die 35-Stunden-Woche fordert, schon längst die 30-, die 25-Stunden-Woche im Hinterkopf haben. Es kommt nur auf die richtige, einleuchtende Begründung an.

Das Ziel, die Arbeitszeit zu verkürzen, freie, selbstbestimmte Zeit auszuweiten, durchzieht die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung von Anfang an. 1895 betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit noch 65 Stunden, hundert Jahre später wird sie bei 35 angelangt sein. So groß die Verdienste der Gewerkschaften sind, diesen Prozeß beschleunigt zu haben, so sehr vernachlässigen sie stets den Gesichtspunkt, daß eben dieser Prozeß auch eine notwendige Folge des technischen Fortschritts ist, der die Produktivität erhöht und damit auch die gesellschaftlich notwendige Arbeit verringert. Keiner hat diese Entwicklung so genau analysiert und ihren möglichen, künftigen Verlauf so einleuchtend skizziert wie Andre Gorz in seiner „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (1989). Sein - sehr verkürztes - Fazit: Die Arbeit wird immer weniger. Sie muß, durch rigorose weitere Verkürzung, so umverteilt und der durch sie erwirtschaftete gesellschaftliche Reichtum an alle so verteilt werden, daß jeder/jede durch jedwede Art für die Gesellschaft nützlicher Arbeit gleichermaßen soziale Identität wie ausreichendes Einkommen gewinnt. Gorz: „Das Ziel einer Gesellschaft, in der ein(e) jede(r) weniger arbeitet, damit alle Arbeit finden und besser leben können, wird somit heute zu einem der wichtigsten Faktoren des Zusammenhalts der Gewerkschaften und der Erneuerung sozialer Freiheitsbewegungen.“

Im Gleichschritt marsch!

Was aber machen die Gewerkschaften? Sie tun, auf deutsch gesagt, den Teufel, sich mit diesen zwingenden Zukunftsszenarien auseinanderzusetzen. Der männliche Industriefacharbeiter, der mit seinen Kollegen im Gleichschritt morgens durchs Fabriktor eilt und abends nach einem Vollerwerbsarbeitstag ebenfalls im Gleichschritt durchs gleiche Tor hastet nach Hause zu Weib und Kind, das ist nach wie vor das Arbeitnehmer(zerr)bild, an dem sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik ausrichtet. Flexibilisierung, job-sharing, Heimarbeit oder gar: Hausarbeit - nein danke! Bei solchen Begriffen aus dem Gruselkabinett des Klassenfeinds oder der renitenten Mitgliederschar bekommt noch jeder Funktionär lange Zähne.

Nicht nur das atemlose Hinterherhecheln der Gewerkschaften hinter den umworbenen, aber organisationsunwilligen Angestellten ist ein Symptom dafür, daß sie Gefahr laufen, zum Versicherungsverein für eine kleine, privilegierte Stamm(fach)arbeiterschaft zu verkommen. Nach einer WSI-Studie aber könnte, bei fortlaufender Entwicklung, schon in zehn Jahren eine deutliche,

noch schärfere Segmentierung der Erwerbsbevölkerung vollzogen sein: 25 Prozent qualifizierte Stammarbeitnehmer, die in Großbetrieben in tarifvertraglichen gesicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten; 25 Prozent periphere, schlecht qualifizierte Arbeitnehmer, die in Subkontrakt-Unternehmen der Dienstleistungsbranche unterbezahlten Beschäftigungen nachgehen; schließlich 50 Prozent Randarbeitnehmer, Arbeitslose oder periodisch Arbeitslose, die Hilfs-, Gelegenheits- und Saisonarbeiten verrichten.

Mehr als jene 25 Prozent Beschäftigten der ersten Gruppe blieben den Gewerkschaften nicht mehr als Organisationspotential; für sie können sie dann ihre kleinen, feinen und exklusiven jährlichen Lohnrunden veranstalten. Damit aber wären sie endgültig zu den vielzitierten „Dinosauriern des Industriezeitalters“ degeneriert und hätten jegliche Ansprüche auf soziale, politische Gestaltungsmacht preisgegeben. „Die Gewerkschaftsbewegung kann als zukunftssträchtige Bewegung nur dann fortbestehen, wenn sie ihre Mission nicht auf die Verteidigung der Sonderinteressen der Lohnarbeiter beschränkt“, sagt Andre Gorz dazu.

Wo bleibt der Solidaritätsbeitrag?

Mit solchen Argumenten und Konzepten für eine veränderte Arbeitsorganisation - gesellschaftlich wie betrieblich - hätten sich die Gewerkschaften eigentlich für die Arbeitszeitverkürzung stark machen müssen. Sie haben es nicht getan, weil sie Rücksicht nehmen müssen auf ihre „kampfbereite“ Basis, der solche Argumente offenbar nicht zu vermitteln waren. Aber ohne eine neue, einleuchtende politische „Verpackung“ ihrer Forderungen werden die Gewerkschaften auch nicht bei jenen Arbeitnehmergruppen reüssieren, die eben solchen Begründungen gegenüber aufgeschlossen wären.

Es ist ein Teufelskreis: Solange die Gewerkschaften nur den Wünschen ihrer Stammklientel nachgeben und ihre Interessen im Tarifkampf zu exekutieren versuchen, solange werden sie sich keine neuen Arbeitnehmerschichten erschließen können. Und solange sie sich diesen neuen Beschäftigten - vorwiegend: Angestellte - nicht in neuem, attraktivem Gewände präsentieren können, solange sind sie verdammt, die alte Politik weiterzubetreiben - bis es vielleicht eines Tages niemanden mehr zu organisieren und damit nichts mehr zu kämpfen gibt.

Werfen wir einen Blick auf die anstehende Tarifrunde 1992. Für sie gilt dasselbe und an den bereits vorliegenden oder sich abzeichnenden Lohn- und Gehaltsforderungen läßt sich dieser Teufelskreis ebenfalls gut erkennen. „Wir müssen voll zulangen, um unseren Lebensstandard zu halten“, tönt es aus allen Ecken, von Metall und Stahl über den öffentlichen Dienst bis in den Bankensektor hinein. Tatsache ist, daß die Tarifrunde 1991 unterm Strich eine Nullrunde gewesen ist. Trotz sechs- bis siebenprozentiger Brutto-Einkommenssteigerungen hat es die Steuer- und Abgabenpolitik der Bundesregierung geschafft, die Reallohnzuwächse nahezu aufzusaugen.

Nur: Wo steht und wo stand geschrieben - außer in den allzu durchsichtigen Parolen eben dieser Bundesregierung, ausgegeben vor der deutschen Vereinigung - daß dieses wirtschafts-, währungs- und sozialpolitische Hau-Ruck-Verfahren für die westdeutschen Arbeitnehmer und Steuerzahler zum Nulltarif zu haben wäre? Wer einen Kopf hatte, der denken konnte, dem mußte von vornherein klar sein, daß niemand materiell ungeschoren davonkommen würde; daß vielleicht eine Zeit auf uns zukommen könnte, in der es heißt, Abstriche vom gewohnten Lebensstandard zu machen. Oder anders: Was in der Kostenrechnung à Konto Deutsche Einheit geht, das muß einfach weh tun.

Aber die Gewerkschaftsbasis scheint bis heute nicht bereit, solchen Erwägungen auch nur im entferntesten ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Und die Gewerkschaften haben es versäumt, ihre Mitglieder rechtzeitig auf eine solche Marschrichtung einzustimmen. Was hätte sich für politisches Kapital aus dem Steinkühler-Vorschlag eines Solidaritätsbeitrags für Ostdeutschland schlagen lassen! „Die Gewerkschaften sind die einzigen, die aktiv und politisch gestaltend den Prozeß der sozialen Erneuerung in Ostdeutschland voranbringen“ — so oder ähnlich hätte die öffentliche Meinung vielleicht reagiert, wenn die Gewerkschaften sich zu diesem Schritt hätten durchringen können. Stattdessen aber hört man auf unserer ohnehin schon genügend saturierten (west-)deutschen Insel der Seligen nichts weiter als die altbekannten Kassandrarufer der Kommentatoren über die Gefahr für die Konjunktur, an der natürlich - wie immer - die Maßlosigkeit der Gewerkschaften und die Raffgier ihrer uner-sättlichen Klientel schuld sei.

Es gibt noch jede Menge von den Starrkopf-Gewerkschaftern vernachlässigter Politikfelder, von denen wir nicht gesprochen haben, und auf die wir jetzt auch gar nicht weiter eingehen wollen: Frauen-, Friedens-, Umweltpolitik zum Beispiel. Mittlerweile wächst innerhalb der Organisationen das Bewußtsein, daß es hier durchaus Nachholbedarf gibt, daß Berührungängste nur weiter in die Isolation führen, daß etwa der Kampf um Arbeitsplätze auf Kosten der Umwelt für *alle* Beteiligten schon mittelfristig in der Sackgasse endet. Aber eine kleine Anekdote am Rande zum Thema Frauenpolitik können wir uns dennoch nicht verkneifen.

Auf einem Gewerkschaftskongreß anno 1991 standen Vorstandswahlen an, und außer zahlreichen Männern kandidierte auch eine einzige Frau. Die Organisatoren des Gewerkschaftstags hatten die Kandidaten rechtzeitig in Watte gepackt und von jeglichen lästigen Aufgaben freigestellt - bis auf die Kandidatin. Die sollte während der Tagungswoche ... nein, nicht etwa in der Mandatsprüfungskommission amtierend oder für Stunden den Präsidiumsvorsitz übernehmen, sondern während der gesamten Tagungswoche des mittags die Essensmarken ausgeben. Das mußte sie dann allerdings am Ende, nachdem sie Protest eingelegt hatte, doch nicht. Aber dieses Beispiel zeigt doch schon recht deutlich, welche Rolle die Gewerkschaften als Männervereine den Frauen am liebsten zubilligen.

Nachtrag: Von Nichtnörglern und Weiterdenkern

Zum Schluß dieser etwas harschen Schelte möchten wir denn doch noch einige persönliche Töne anschlagen. Es gibt jede Menge aufrichtiger, kluger und „über den Tellerrand“ hinausdenkender Menschen in den Gewerkschaften. Die (wer im einzelnen, wird nicht verraten) sind selbst ganz unglücklich über die starre Fixiertheit ihrer Organisation auf die kurzatmigen, bornierten Interessen, von der demokratische und auf Wahlerfolge angewiesene Systeme nun einmal geprägt sind. Und diese Menschen könnten vielleicht im Laufe der nächsten Zeit mehr Einfluß auf den Zukunftsprozeß der Gewerkschaften gewinnen, wenn man sie aus ihren Elfenbeintürmen der papierernen Strategieproduktion, aus Schreib- und Studierstuben hinausläßt ins wirkliche Gewerkschaftsleben.

Schon keimt Hoffnung, denn das traditionelle Gewerkschaftsgefüge wackelt, seit es sich Organisationsbosse wie Lorenz Schwegler, Hermann Rappe, Hans Berger, Roland Issen angelegen sein lassen, aus der jahrelangen Debatte um die Strukturreform im DGB langsam Nägel mit Köpfen zu machen. Die äußere Umschichtung der bisherigen Machtverteilung im DGB darf und wird nicht ohne Auswirkungen auf die innere Modernisierung und die Attraktivität der Gewerkschaften auf jene bleiben, denen sie bisher nicht viel mehr bedeuteten als die Leierkastenörgler der alten Erfolge und der geschlagenen Schlachten von gestern.

Die Zukunft hat längst begonnen; und diese Zukunft in einer immer kleiner werdenden, nicht einmal nur europäisch, geschweige denn rein deutsch geprägten Welt, braucht kluge und starke Gewerkschaften. Sie braucht Gewerkschaften, die nicht in die Bedeutungslosigkeit absinken, sondern die Wünsche aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgreifen und politisch umsetzen können. Die nicht gegen den gleichermaßen aussterbenden Dinosaurier des Industriezeitalters, den Ausbeuter-Kapitalisten des 19. Jahrhunderts ankämpfen (Kennzeichen: trägt stets einen Homburg und schmaucht Zigarre), sondern mit den vorausdenkenden, kooperationsbereiten Arbeitgebern zusammen dafür sorgen, daß die Beschäftigten des 21. Jahrhunderts kompetent, mitbestimmend und gut bezahlt, am Produktivvermögen teilhabend, ihrer Arbeit nachgehen können - einer Arbeit, die sie nicht nur ernährt, sondern auch befriedigt.

Kurz: Die Gewerkschaften sollen den Arbeitnehmern der erste und wichtigste Partner im Arbeitsleben bleiben, für viele erst werden. Sie sollen weiter jenes Ziel verfolgen können, das sie schon immer im Visier hatten: daß immer mehr Menschen für ordentliches Geld immer weniger, aber selbstbewußt und mitverantwortlich arbeiten müssen - und als mündige Bürger in ihrer Freizeit ebenso selbstbewußt ihre Interessen verfolgen können. Das wäre dann, möglicherweise, der Sozialismus - oder?